

PRESSEMITTEILUNG

Karl-Marx-Straße 83
12040 Berlin

Tel. +49 30 90239-3540
Mobil +49 1556 1558-941

presse@spdfraktionneukoelln.de
www.spd-neukoelln.de/bvv-fraktion

25. März 2026

Mutmaßliche Vergewaltigung in Jugendfreizeiteinrichtung Wutzkyallee: SPD- Fraktion Neukölln fordert lückenlose Aufklärung und strukturelle Konsequenzen

Die mutmaßliche Vergewaltigung einer 16-Jährigen im Jugendclub Wutzkyallee erschüttert den Bezirk und offenbart schwerwiegende strukturelle Mängel im Kinderschutz. Seit über drei Wochen sind die Vorwürfe bekannt, doch zentrale Fragen bleiben unbeantwortet. Besonders alarmierend: Der Vorfall wurde innerhalb des Jugendamts wochenlang nicht ordnungsgemäß bearbeitet, trotz weiterer Belästigungsvorwürfe erfolgte keine Anzeige.

„Wir missbilligen und kritisieren die Arbeit der Jugendstadträtin Sarah Nagel (Die LINKE) aufs Schärfste“, erklärt Fraktionsvorsitzende Cordula Klein. „Wir fordern eine gründliche Prüfung und Aufklärung des Vorfalls, und zwar sofort! Es muss umgehend und richtig gehandelt werden. Konsequenzen müssen folgen. Kinder- und Jugendfreizeiteinrichtungen sind Schutzräume für Kinder und Jugendliche. Sie müssen dort sicher sein. Wir stehen solidarisch an der Seite des Opfers und ihrer Familie.“

Die SPD-Fraktion Neukölln fordert:

- Sofortige, vollständige Aufklärung: Welche Schutz- und Präventionsmaßnahmen wurden ergriffen? Warum versagten Meldewege und Verantwortlichkeiten?
- Transparenz und Konsequenzen: Klare politische Verantwortung, personelle Konsequenzen und Stärkung der Fachkräfte im Kinderschutz.
- Stärkung bewährter Träger: Der langjährige Träger MaDonna Mädchenkult.Ur. e.V., der auf Missstände hinwies, darf nicht durch Kürzungen geschwächt werden.
- Externe Untersuchung: Unabhängige Gutachten müssen Abläufe im Jugendamt und Bezirksverwaltung analysieren, um Vertrauen zurückzugewinnen.

„Kinderschutz ist keine Option, sondern eine rechtliche und moralische Pflicht“, betont die SPD-Fraktionsvorsitzende Cordula Klein weiter. „Wir stehen an der Seite der Betroffenen und fordern: Keine Vertuschung, kein Wahlkampf auf Kosten der Aufklärung oder parteipolitische Abrechnungen, jetzt muss gehandelt werden.“